ich-bin-sauarm-Preis: **€0,50**; mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **€1**; meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €**100**;

REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer 34 ★ März/April 2009 ★

Es rettet uns kein höheres Wesen...

...weder Obama noch Merkel. ArbeiterInnen und Jugendliche gemeinsam gegen die Krise!

www.REVOLUTION.DE.COM

LIEBE REVO...

GEGEN DIE NATO IN KIEL

Am Samstag, den 14. März 2009, trafen sich 150 Menschen in der Kieler Innenstadt mit dem Ziel ihren Protest auszudrücken - gegen imperialistische Politik allgemein und ganz speziell gegen die NATO. Die wird ja bekanntlich in nächster Zeit von PolitikerInnen und bürgerlichen Medien abgefeiert werden. Das 60 Jahre Imperialismus unter blauer Flagge kein Grund zum feiern sind, werden tausende GegendemonstrantInnen deutlich machen. Um der kommenden Propaganda-Welle schon vorsorglich etwas entgegenzusetzen, organisierte ein Bündnis verschiedener linker Gruppen die Kieler Demonstration und machten mit Flugblättern auf die wirkliche Funktion der NATO aufmerksam, die uns ja immer wieder als „Freiheits-" und „Werte-Exporteurin" präsentiert wird. Auch durch Sprechchören machte der bunte Haufen seinen Gegenstandpunkt klar: „Menschenrechte tralala... Krieg ist für Profite da!", schallte es durch die Straßen, während eine Abteilung der Clowns Army Jagd auf Unschuldige machte. Redebeiträge klärten auf, bezogen Stellung und vor allem der von Revo über antiimperialistischen Widerstand sorgte für viel Diskussionsstoff. Die Diskussionen, wie aktiver Widerstand aussehen kann, werden in Baden-Baden, Strasbourg und wohl darüber hinaus weitergehen. Die NATO aufzulösen, dieses Ziel wird sich wohl nicht so schnell erreichen lassen. Mördern in Uniform und Nadelstreifenanzug müssen und werden wir uns dennoch weiter unnachgiebig entgegen stellen!

von Jalava, Revo Kiel

GEGEN DEN NAZIAUFMARSCH IN DRESDEN

Am 13. und 14. Februar fand in Dresden wieder das alljährliche „Gedenken für die Bombenopfer des Zweiten Weltkrieges" statt. Diese ohnehin schon untragbare Tradition wird in den letzten Jahren gezielt von faschistischen Verbänden und Kameradschaften wie der JLO, JN und auch der NPD genutzt, um nationalistische und faschistische Propaganda zu verbreiten.

Dazu wird zum größtem Naziaufmarsch Europas aufgerufen, um geschlossen mit bis zu 8.000 FaschistInnen durch Dresden zu marschieren. Es dauerte auch eine ganze Weile, bis sich merklicher Widerstand formierte. Doch in diesem Jahr waren erstmals mit 10.000 DemonstrantInnen eine TeilnehmerInnenzahl erreicht, die höher war als die der Neonazis.

In diesem Jahr gab es ein relativ breites Bündnis aus großen Parteien (SPD, Grüne) und Netzwerken gegen Rechts, die einen Sternmarsch durchführten, der sich am Theaterplatz zu einer Kundgebung einfand. Dort sprach auch der SPD-Chef Franz Müntefering. Er verurteilte die Nazis aber erwähnte nicht, vor welchem politischen Hintergrund sie ihren Einfluss vergrößern: Hartz IV, deutsche Auslandseinsätze und weitere politische Projekte der SPD sind entscheidend dafür.

Dazu gab es auch eine für Dresden recht große antifaschistische Demonstration mit dem Ziel, sich der Marschroute der Nazis in den Weg zu stellen und diese zu blockieren, getreu dem Motto der Demo: „¡No pasarán!", sie werden nicht durchkommen. Dies gelang letztlich nicht: Die Nazis konnten völlig ungehindert ihren Marsch durch die Innenstadt durchführen.

Dies ist auch in erheblichem Maße der Polizei zu verdanken, die eine militante Organisierung der Nazis zuließ (die mittels eigenen Trupps die einzelne Nebenstraßen sicherten) und die massive Repression auf die antifaschistische Demonstration richtete.

Um in einer solchen Situation effektiv den Nazis entgegenzutreten, bedarf es mehr als einen Willen zu militanten Protestformen – es bedarf ein Konzept, um die Menschen, die dem Aufruf von Linkspartei, SPD oder DGB gefolgt sind, in den Kampf mit einzubeziehen. Dazu muss die Bündnisbereitschaft von antifaschistischen Gruppen erhöht werden – schließlich geht es nicht nur um die Mobilisierung der eigenen jugendlichen Szene, sondern um die Verbindung des antifaschistischen Kampfes mit sozialen Kämpfen, etwa den Kämpfen der ArbeiterInnen bei Qimonda.

von Eugen, Revo Dresden

ANTIIMPERIALISMUS

Bei der fünften bundesweiten Konferenz von REVOLUTION wurde neben der Frage des Klimawandels (siehe Seiten 6-7) auch die Frage von antiimperialistischem Widerstand ausführlich diskutiert. Die Konferenz verabschiedete eine lange Resolution darüber, wie RevolutionärInnen in antiimperialistische Kämpfe intervenieren sollten. Der Text ist auf unserer Website zu finden. Dort befindet sich außerdem ein Artikel über unsere Haltung zur israelischen Invasion im Gazastreifen und zum Widerstand dagegen.

UNIBESETZUNGEN

In den letzten Monaten haben Studierende in Großbritannien über 20 Universitäten besetzt, um gegen den israelischen Angriff auf Gaza zu protestieren. Auf unserer Website befindet sich ein Interview mit einer Aktivistin von der Uni Manchester. Außerdem hat die Revo-Gruppe an der FU eine Solidaritätserklärung ins Studierendenparlament eingebracht, die ebenfalls auf der Website zu lesen ist.

Wo ist dein Bericht/LeserInnenbrief?
Schick ihn einfach an: info@revolution.de.com
REVOLUTION erscheint alle zwei Monate. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung der Organisation decken.

Weltweite Krise und weltweite Proteste

Ein paar Beispiele aus Europa, wie ArbeiterInnen gegen die Auswirkungen der Krise kämpfen

Wir leben in den Anfängen der schwersten Krise des Kapitalismus seit 1929. Die Regierung der BRD betreibt eine Politik, die die ArbeiterInnen für diese Krise zahlen lässt. Oft fühlen wir uns allein, wenn von den Auswirkungen der Krise betroffen sind, etwa durch Entlassung oder durch Kürzungen im Bildungsbereich. Doch neue Erfahrungen, die in verschiedenen Ländern gemacht werden, zeigen Protestformen, welche vor einiger Zeit ganz unvorstellbar schienen. Weltweit kommt es zu Protesten gegen die kapitalistische Krise in verschiedenster, bunter Form. Weltweit beginnen die ArbeiterInnen damit, sich gegen ihre Ausbeutung zu wehren.

von Alex, Revo Fu

Island

Viele ArbeiterInnen Islands haben bereits wegen der Weltwirtschaftskrise ihre Arbeit und ihr Haus verloren – bei noch mehr Menschen steht dies bevor. In Island ist das gesamte Bankensystem zusammengebrochen und der Staatsbankrott ist bedrohlich nahe. Am 90. Jahrestag der Staatsgründung stürmten DemonstrantInnen die Zentralbank in der Hauptstadt Reykjavik, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Die IsländerInnen machten die Regierung für die Situation verantwortlich und forderten bei einer Großkundgebung vor dem Parlament ihren Sturz. Die Regierung um den konservativen Premier Geir Haarde musste zurücktreten und zum 9. Mai Neuwahlen ausrufen. Zuvor hatten bereits der Wirtschaftsminister und die Bankenaufsicht ihren Posten verlassen. Doch die Menschen stellen sich damit noch nicht zufrieden und protestieren weiter vor dem Parlament in der Hauptstadt.

Irland

300 ArbeiterInnen besetzten in Kilbarry die Glasfabrik Waterford Crystal, als 480 der 700 Beschäftigten dort entlassen werden sollten. Die ArbeiterInnen blieben jedoch nicht allein. Eine Welle der Solidarität brach in der Gesellschaft los. Tausende nahmen an Solidemos teil und versorgten die FabrikbesetzerInnen mit Nahrung. All dies geschieht im Rahmen einer schweren Krise der irischen Wirtschaft, in der auch die größten Demos seit Jahrzehnten stattfinden. Eine Gefahr bleiben die reformistischen Gewerkschaftsführungen, die sich nur um Abfindungen bemühten und überwiegend nach einem neuen Käufer für die Fabrik suchen – Doch eine Belegschaft, die für ihre Rechte kämpft, schreckt KapitalistInnen nur ab. Notwendig wäre daher eine Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnen.

Frankreich

Am „schwarzen Donnerstag“, dem 29. Januar, haben acht französische Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gemeinsam mit Gewerkschaften aus der Privatwirtschaft zur Demonstration aufgerufen. Diesem Aufruf sind rund 1,4 Millionen Menschen gefolgt, um sich gegen die Krisenpolitik der Regierung Sarkozy zu erheben. „Alle wissen, wir durchlaufen eine globale Krise, wie wir sie seit 70 Jahren nicht gesehen haben“, meinte ein Gewerkschaftler dazu. In Paris, wo die mit Abstand größte Demonstration stattfand (300.000) wurde das Bahnnetz in und um Paris nahezu vollständig lahmgelegt.



Ukraine

In der Ukraine wurde am 3. Februar „Kherson KNF“, ein Betrieb, der landwirtschaftliche Maschinen herstellt, von den ArbeiterInnen besetzt, um die Verlagerung der Maschinen zu verhindern und die entschädigungslose Verstaatlichung zu fordern. In einem Treffen mit dem Management wurde bekannt, dass keinerlei Interesse daran besteht, die Fabrik und mit ihr die Arbeitsplätze der 1.300 ArbeiterInnen zu erhalten. Die gesamte Ausrüstung sollte verschrottet werden. Seit September 2008 bekommen die ArbeiterInnen keinen Lohn mehr ausbezahlt und machen nach eigener Aussage so lange weiter, bis sie gesiegt haben. Jetzt wird die Lohnausgabe und eine Verstaatlichung auf Kosten des Firmenvorstands gefordert. Die Fabrik trägt von nun an den Namen eines bolschewistischen Arbeiterführers.

Italien

ArbeiterInnen des Fiat-Werks in Pomigliano haben für kurze Zeit eine Autobahn blockiert, die die wichtigste Nord-Süd-Route des Landes darstellt. Damit wollten die 130 ArbeiterInnen gegen ihre Entlassung protestieren. Dabei kam es bei den Auseinandersetzungen zu harter polizeilicher Repression. Als die DemonstrantInnen nicht freiwillig von der Autobahn gehen wollten, wurden sie von den PolizistInnen geschlagen und getreten. In den Monaten davor nahmen Millionen Menschen im ganzen Land an mehreren Generalstreiks gegen die „Gelmini-Reformen“ teil. Diese Bildungsreformen sollten zehntausende Arbeitsplätze im Bildungsbereich vernichten und ganze Universitäten schließen bzw. privatisieren.

Entsprechende wirtschaftliche Entwicklungen werden auch vor der exportorientierten BRD nicht halt machen. Die Frage ist nur, ob wir warten wollen, bis die Auswirkungen der Krise auf uns so offensichtlich werden wie in anderen Ländern, oder ob es nicht doch in unserem Interesse ist, sofort Aktionen zu starten und vor Ort die wirtschaftliche und politische Kontrolle zu ergreifen. Ob bei der Demo am 28. März, beim NATO-Gipfel oder beim Bildungsstreik – wir zahlen nicht für eure Krise!

„We are all socialists now"

Wieso wollen KapitalistInnen jetzt Verstaatlichungen?

Die US-amerikanische Wochenzeitung Newsweek veröffentlichte im Februar eine Titelstory mit dem klangvollen Titel „We are all socialists now". In diesem beschrieb sie den Weg der USA zu einem „europäischeren" Staat, d.h. zu einem Staat europäischen Musters, der sich nicht komplett aus der Wirtschaft zurückhält, sondern beträchtliche Steuergelder in staatlich kontrollierte (bzw. zumindest finanzierte) Wirtschaftszweige steckt. Als Indizien dafür müssen das 790 Mrd. Dollar große Konjunkturpaket sowie die Verstaatlichung von Banken und Versicherungen herhalten. Dabei ist selbst der Newsweek-Redaktion klar, dass das allein noch keinen Sozialismus ausmacht.

Dennoch beschreibt der gewählte Titel eine Stimmung der Angst, die momentan vor allem im konservativen Teil der US-amerikanischen Bevölkerung zu finden ist: die neue US-Regierung unter Barack Obama wird die USA zu einer Neuauflage der Sowjetunion machen! Es werden selbst sonstige Erzfeinde wie der russische Premierminister Wladimir Putin zitiert, der auf dem diesjährigen World Economic Forum, einem informellen Treffen von Wirtschaftsverbänden und hochrangigen PolitikerInnen in Davos (Schweiz), die US-VertreterInnen mit dem Verweis auf die russische Geschichte vor zu großen Staatseingriffen in die Wirtschaft warnte. In den weniger konservativen Kreisen der Bevölkerung wird dagegen oft das Argument in Stellung gebracht, dass die USA immer schon teilweise „sozialistische" Politik gemacht habe – man denke nur an Roosevelts New Deal, der der USA (angeblich) aus der Wirtschaftskrise Anfang der 1930er half, oder an staatlich geförderte Arbeitslosigkeits- und Gesundheitsvorsorge (wohlgemerkt nicht für alle!).

Wir als MarxistInnen können bei solch kruden Argumentationslinien auf beiden Seiten nur verwundert den Kopf schütteln. Der „Sozialismus", der dort beschworen wird, hat sehr wenig gemeinsam mit dem Sozialismus, wie wir ihn fordern.

Der Stalinismus

Das absolute Totschlag-Argument der Apologeten des freien Marktes lautet, dass staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ja schonmal ausprobiert wurden, und zwar in der Sowjetunion und deren Satellitenstaaten, „und wir wissen ja, wohin das geführt hat."

Mit diesem Argument wird eine direkte Linie von der russischen Oktoberrevolution 1917 zur stalinistischen Entartung der Sowjetunion und anderer „sozialistischer" Länder gezogen. Die Oktoberrevolution war aber nicht von Anfang an bürokratisch und undemokratisch: Vielmehr waren es die Unterentwicklung der russischen Wirtschaft, die eine gleichberechtigte Zuteilung der Güter unmöglich machte, das Ausbleiben der sozialistischen Revolution in den Industriestaaten, und die vom kapitalistischen Ausland unterstützte Konterrevolution, die autoritäre Tendenzen beförderten. Unter Stalin konnte sich eine herrschende Bürokratie konsolidieren, die die demokratischen ArbeiterInnenräte ausschaltete. Insofern ist es historisch wie politisch falsch, Sozialismus mit Stalinismus gleichzusetzen.

Ihre Verstaatlichungen

Neoliberale KommentatorInnen und PolitikerInnen wiederholen gebetsmühlenartig die Verknüpfung von Verstaatlichungen und Sozialismus. Doch sind Verstaatlichungen nicht gleich Verstaatlichungen. Sie unterscheiden sich sowohl in der Art und Weise der Kontrolle der verstaatlichten Betriebe als auch in dem Sinn und Zweck von Verstaatlichungen an sich.

Es scheint zwar tatsächlich so, als ob die Regierungen fast aller Industriestaaten momentan mit Verstaatlichungen liebäugeln, um ihren schwächelnden „Volkswirtschaften" unter die Arme zu greifen. Aber alle bisherigen Gesetzesentwürfe, von Obamas Konjunktur- und Steuersenkungsprogramm bis zum extra für die Hypo Real Estate Bank gebastelten Gesetz der deutschen Bundesregierung, zeigen genau, welche Art von Verstaatlichungen hier vorgenommen werden sollen: der bürgerliche Staat steigt als Teil-Eigentümer in einem maroden Unternehmen ein und pumpt jede Menge Steuergelder in dessen Sanierung. Aber sobald das Unternehmen bzw. die Bank wieder fit ist, steigt der Staat wieder aus und lässt den AktionärInnen und Vorstandsmitgliedern ihre Profite. Oftmals besteht der bürgerliche Staat nicht einmal auf einem umfassenden Kontroll- und Mitspracherecht für seine Anteile. Diese Verstaatlichungen sind jedoch nichts als Sozialisierungen der Verluste, wonach die Gewinne wieder privatisiert werden.

Der bürgerliche Staat agiert hier also sehr wohl auch im (langfristigen) Interesse der KapitalistInnen und nicht gegen sie. Nichts anderes fordern konservative wie neoliberale PolitikerInnen auch seit Monaten.Wenn sie nun dagegen polemisieren, mit dem Vorwurf der Einführung des „Sozialismus", dann tun sie dies nur, um klarzumachen, dass die Verstaatlichungen nur ein vorübergehendes Mittel sein sollen, um das weitere Funktionieren des Marktes zu sichern.

Unsere Verstaatlichungen

Der Fakt, dass einige „Linke" den „Sozialismus"-Vorwürfen entgegnen, dass US-amerikanische wie europäische Regierungen immer schon „sozialistische" Elemente beinhalteten, zeugt ebenso von einem sehr verkürzten Verständnis des Sozialismus. Soziale Errungenschaften wie staatliche Gesundheits- und Altersvorsorge, staatliche Arbeitslosenversicherung etc. entspringen nicht dem irgendwie sozialistischen Charakter einer bürgerlichen Regierung. Sie sind im Gegenteil immer erst dann eingeführt worden, als das kapitalistische Wirtschaftssystem um seine Existenz bangen musste. Diese „sozialistischen" Reformen sind allerdings nicht durch das kapitalistische System entstanden, sondern nur gegen und trotz des kapitalistischen Systems. Sozialismus ist eben keinesfalls durch Reformen sondern nur durch einen revolutionären Sturz des Kapitalismus erreichbar.

Verstaatlichungen als Sozialisierung der Verluste lehnen MarxistInnen kategorisch ab, da sie unweigerlich auf Kosten der ArbeiterInnen die Profite für die KapitalistInnen sichern. Stattdessen müssen Verstaatlichungen derart erfolgen, dass die ArbeiterInnen die Produktion in ihren Betrieben selbst kontrollieren können. Punktuell ist dies auch innerhalb des bestehenden Systems möglich, aber die langfristige und flächendeckende Verstaatlichung aller Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle kann es nur nach einer sozialistischen Revolution geben. Diese würde die Grundlage für eine demokratische Kontrolle der gesamten Wirtschaft schaffen.

Wenn die Konservativen und Neoliberalen dieser Welt davor Angst haben, dann zurecht! *„Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt. Ihr werft uns mit einem Worte vor, daß wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir."* - Karl Marx

von Stefan, Revo FU

Aufwachen! Abticken! Abgehen! Aufstehen!

Aufruf zum bundesweiten Bildungsstreik vom 15.-19. Juni

100.000 Schülerinnen und (leider nur eine Handvoll) Studierende waren es, die am 12. November des letzten Jahres auf die Straßen gingen und streikten. Gestreikt wurde gegen die zahlreichen Probleme an Schulen und Universitäten: Zu große Klassen und überfüllte Hörsäle, Unterrichtsausfall, schlechte Schulausstattung, Studiengebühren und Bildungsprivatisierung waren nur einige der Kritikpunkte. Doch auch trotz „Bildungsgipfel" und ausgerufener „Bildungsrepublik Deutschland" hat sich an den Bedingungen auf Schulen und Universitäten, die zunehmend miserabler werden, nichts geändert.

Und genau deswegen ist es notwendig, sich nicht auf dem erfolgreichen Streik vom 12. November auszuruhen, sondern den Kampf für eine bessere Bildung noch zu intensivieren. Denn während den Banken Milliarden nachgeworfen werden, gibt es kein „Rettungspaket für die Bildung". Zwar sollen einige Schulen im Zuge des Konjunkturpaketes auch endlich die allernötigsten Gelder für Renovierungen zugeteilt bekommen, aber an der chronischen Unterfinanzierung im Bildungsbereich ändert sich nichts! Ganz im Gegenteil: Es gibt immer mehr LehrerInnen, die neben ihrer Arbeit an Schulen auch noch in Minijobs arbeiten müssen, um über die Runden zu kommen.

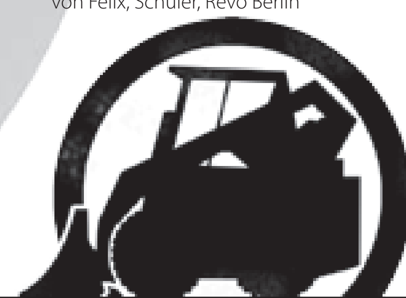
Es zeigt sich also, dass SchülerInnen und LehrerInnen gleichermaßen von der Sparpolitik betroffen sind. Daher kann es nur das Ziel sein, die LehrerInnen mit ins Boot der Proteste zu holen und gemeinsam das Bildungssystem lahm zu legen.

Allerdings gilt es weiterhin, sich keinen Illusionen hinzugeben, wonach durch ein paar große SchülerInnen- und StudentInnenstreiks alles geändert werden könnte, denn der wirkliche Grund für die aktuelle Politik liegt tiefer und zeigt sich vor allem in der verstärkten Bildungsprivatisierung: Gute und umfassende Bildung soll nur einer kleinen privilegierten Schicht zugänglich gemacht werden. Denn gute Bildung für alle kostet Geld und steht somit im Widerspruch zum obersten Gebot dieses Systems: der Profitmaximierung. Es zeigt sich also, dass die Ziele über die Reduzierung der Klassengrößen hinausgehen und die wirkliche Wurzel des Problems angegangen werden muss: der Kapitalismus!

Nicht nur für einen erfolgreichen Streik, sondern auch für eine weitere politische Perspektive, die sich gegen die Wurzel allen Übels richtet, ist es notwendig, sich in eigenen Organisationsformen wie Politik-AGen oder Streikkomitees zu organisieren und Kontinuität in die Proteste an Schulen und Universitäten zu bringen. So kann aus einzelnen Streiktagen wie in der Vergangenheit eine Bewegung entstehen. Diese Entwicklung ist notwendig, weil nur Proteste über einen längeren Zeitraum wirklich tief greifende Veränderungen erreichen können.

Also organisiert euch, mobilisiert an euren Schulen und Unis und sorgt dafür, dass der bundesweite Bildungsstreik vom 15.-19. .Juni zu einem vollem Erfolg wird und unsere Forderungen endlich erfüllt werden.

von Felix, Schüler, Revo Berlin



REVOLUTIONÄRINNEN: kommunistische Frauen

Frida Kahlo

Eigentlich als Malerin bekannt, war Frida Kahlo auch eine Revolutionärin, die das Leben der Menschen mit Hilfe der sozialistischen Revolution verbessern wollte und für die Emanzipation der Frau nicht nur gekämpft, sondern diese möglichst auch selbst gelebt hat.

Frida Kahlo wurde am 6. Juli 1907 als drittes Kind eines Deutschen und einer Mexikanerin in Coyoacán (Mexiko) geboren. Später jedoch gibt sie als ihr Geburtsjahr 1910 an: Frida Kahlo hatte den Wunsch, gleichzeitig mit dem Ausbruch der mexikanischen Revolution geboren zu sein.

Fridas Vater spielte eine große Rolle in ihrem Leben: er zeigte ihr nicht nur vieles in der Natur, was später ihre Malerei prägte, sondern besorgte ihr auch Bücher von Marx und Engels, die sie während ihrer vielen Krankheitsperioden wissbegierig las.

1929 heiratete sie den mexikanischen Maler Diego Rivera, der ihr nicht nur den Weg in die Kunstszene ebnete, sondern durch den sie sich noch mehr für einen geistigen und wirtschaftlichen Umbruch in Mexiko engagierte.

Doch schon bevor Frida Kahlo Diego Rivera kennen lernte, verkehrte sie in kommunistischen Freundeskreisen, las Marx und Lenin und trat bereits als Schülerin der Kommunistischen Partei Mexikos bei.

Das Haus, das Frida und Diego bewohnten, war lange Zeit ein Mittelpunkt des künstlerischen und intellektuellen Lebens in Mexiko, da viele bekannte MalerInnen, DichterInnen, PolitikerInnen, SchriftstellerInnen und Intellektuelle dort zeitweise wohnten. So auch Leo Trotzki, der 1937 dort Zuflucht fand und sogar eine Affäre mit Frida Kahlo begann, die ihn sehr verehrte.

Ende 1929 wurde Diego Rivera aus der KP ausgeschlossen und auch Frida trat aus Solidarität sofort aus. Beide blieben ihrer Überzeugung nach weiterhin KommunistInnen, doch diese Entscheidung war ein harter Schlag für sie. Um Diego zu unterstützen, hörte sie mit dem Malen auf und entschied, von nun an nur noch seine Ehefrau zu sein. Zu diesem Zeitpunkt war sie offenbar trotz aller revolutionären Einstellungen noch nicht so selbstbewusst wie in den Jahren danach.

Gerade für eine Frau war es zu jener Zeit nicht leicht, als eigenständige Künstlerin neben ihren männlichen Kollegen zu bestehen. Anfangs wagte sie sich noch nicht, ihre Bilder an die Öffentlichkeit zu bringen, und wurde deshalb immer nur am Rand als „Diego Riveras schöne Ehefrau" erwähnt.

1934 ließ sich Frida von Diego scheiden, nachdem sie endgültig genug von seinen Affären hatte und mit ihren Bildern Anerkennung erntete und erkannte, dass sie von keinem Mann und seinem Geld abhängig sein musste. So hatte sie in den 30er Jahren nicht nur Affären mit Männern, sondern auch mit Frauen und lebte damit ihre sexuelle Freiheit völlig aus.

1940 heiratete sie Diego Rivera ein zweites Mal, da sie einfach nicht voneinander loskamen. Dieses Mal jedoch heiratete sie ihn unter der Bedingung, dass sie die Hälfte der Haushaltskosten mittragen und selbstständige Künstlerin bleiben dürfe.

In ihren Bildern verarbeitet Frida Kahlo vieles aus ihrem Leben, aber es ist auch einiges Sozialkritisches dabei. 1935 zum Beispiel entstand das Bild „Ein paar kleine Dolchstiche". Frida fand in der Zeitung die Geschichte eines Mannes, der seine Geliebte mit vielen Messerstichen getötet hatte und der vor Gericht sagte: „Nur ein paar ganz kleine Stiche habe ich ihr verpasst." Der Mann kam fast straflos davon und Frida regte sich sehr darüber auf, wie man Frauen so behandeln könne wie Vieh.

Am 2. April 1954 nahm sie mit Diego Rivera und anderen an einer Protestkundgebung gegen die Interventionen der USA in Guatemala teil. Dies zeigt ihre Verbundenheit zum Kampf, da sie zu diesem Zeitpunkt bereits so sehr von ihrer Krankheit gezeichnet war, dass sie im Rollstuhl saß und von ihrem Arzt strengste Bettruhe verordnet bekam. Dessen ungeachtet beharrte sie darauf, zu dieser Kundgebung zu gehen. Noch im selben Jahr, am 13. Juli, starb Frida Kahlo im Alter von 47 Jahren an einer Lungenembolie.

Insgesamt hat Frida Kahlo versucht, das Leben der Menschen durch ihre Bilder zu verändern und sie wachzurütteln. Wenn sie sich mit sozialen Fragen befasste, so hat sie dies immer in Auseinandersetzung mit ihren eigenen Problemen getan. Aber nicht, weil sie ihr Leiden in den Vordergrund stellen wollte, sondern weil sie der Meinung war, dass ihr Zustand symbolisch für die Leiden aller Menschen stand.

Als ihr Rückgrat fast völlig kaputt war, malte sie dies nicht nur, um selbst damit klar zu kommen, sondern auch, um den Menschen Mut zu machen, die sich auch so fühlten, als wäre ihr Rückgrat gebrochen. So wollte sie unter anderem zeigen, wie wichtig gemeinsame Stärke ist, um dem Leid der Menschen ein Ende zu bereiten. Vielleicht hätte Frida Kahlo mehr für die Revolution und die Emanzipation der Frau tun können, doch einige Schicksalsschläge und vor allem ihre vielen Krankheiten hinderten sie oftmals daran, noch mehr aktiv zu werden.

von Jana, Revo Bernau

Kapital

Vor noch einem Jahr war er in aller Munde - der Klimawandel. Es wurde über ihn berichtet, über seine Folgen orakelt und oberflächlicher Wahlkampf mit ihm betrieben. Doch das Monstrum Klimawandel ist anscheinend einer für die Mächtigen noch viel gefährlicheren Bedrohung gewichen - dem Ungeheuer Wirtschaftskrise. Seit ihrem Auftauchen scheint die mediale und politische Öffentlichkeit sich nicht mehr um Umweltproblematiken kümmern zu können, da das Überleben des Kapitalismus für die Machthabenden im Vordergrund steht. Doch die Umweltzerstörung ist zur fundamentalen Gefahr geworden.

Ursachen

Die Ursachen für den Klimawandel sind menschlich, daran ist nicht zu zweifeln: Zwar gab es seit dem Ende der letzten Eiszeit (also vor etwa 10.000 Jahren), bei dem sich die Erde um insgesamt 4° C erwärmte, immer wieder kleinere Erwärmungsphasen, jedoch blieb die globale Temperatur weitgehend stabil. Bis zum Beginn der Industrialisierung, also seit Mitte bzw. Ende des 18. Jahrhunderts.

Allein von 1906 bis 2005 ist ein Temperaturanstieg von 0,75° C zu verzeichnen. Dieser Anstieg verlief keineswegs linear, sondern vielmehr in sprunghaften Phasen, die sogar an einzelnen Ereignissen festgemacht werden können, wie etwa dem Wirtschaftsboom in den fünfziger und sechziger Jahren des Zwanzigsten Jahrhunderts oder auch noch einmal in den siebziger Jahren, der Zeit der im kapitalistischen Rahmen gehaltenen Industrialisierung der sogenannten „Dritten Welt".

Hier wird auch die eigentliche Ursache der Klimaentwicklung deutlich: Der globale Kapitalismus bzw. seine Produktionsweise. Aufgrund ihrer rein quantitativen Ausrichtung hat diese keine Möglichkeit, qualitative oder globale Aspekte zu berücksichtigen; vielmehr wird etwa nur dann investiert, wenn die Aussicht besteht, dass das investierte Kapital binnen kurzer Zeit maximiert wird.

Kapitalismus bedeutet Wettbewerb, bedeutet Konkurrenz. Unter dem Druck eines Kapitalzyklusses wird die Umweltzerstörung unvermeidlich.

Aktuelle Situation

Mittlerweile ist der Klimawandel zum Selbstläufer geworden, d.h. selbst wenn die Emissionen von heute auf morgen gegen Null sinken würden, wäre die Entwicklung nicht aufgehalten. Eine Verhinderung des Klimawandels ist unmöglich geworden, lediglich eine Abschwächung seiner Folgen ist noch möglich. Denn der Anstieg der Weltmeere, das Verschwinden der eisbedeckten Flächen, der Rückgang der Wälder, also die Verwüstung und Versteppung weiter Waldgebiete, sowie die „Langlebigkeit" vieler bereits freigesetzter

lismus und Klimawandel

Was hat das Eine mit dem Anderen überhaupt zu tun?

Schadstoffe in der Atmosphäre halten einen Mechanismus am Laufen, der bereits ganz allein - ohne jedes menschliche Dazutun - den Klimawandel weiter vorantreibt.

Drei Hauptfaktoren seien hier beispielhaft angebracht, die dafür sorgen, dass eine systemimmanente Reduzierung der Umweltverschmutzung eben unmöglich ist: Erstens die Energieproduktion, also die Öl-, Gas- und Stromkonzerne, die sich durch Zentralisierung, schlechte Energieeffizienz und enormen Ressourcenverbrauch auszeichnen. In Deutschland allein sind 39 neue Steinkohle- und sechs neue Braunkohlewerke geplant - ökologisch gesehen eine absolute Katastrophe.

Zweitens die globale Industrie, etwa die großen Nahrungsmittelkonzerne. Auch sie verschwenden Energie, verbrauchen Flächen und kennen durch ihre Profitfixierung keinerlei Alternative. Die weltweite Viehwirtschaft beispielsweise stößt jährlich mehr klimaschädliche Treibhausgase aus als der gesamte Verkehr, vergiftet Grundwasser und Böden.

Drittens der Verkehrssektor, der 20 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verursacht, wobei sein Anteil noch im Steigen begriffen ist. Dominiert durch die Öl-Wirtschaft, veranlasst er den Aufbau einer Autogesellschaft, die sich durch extremen Individualverkehr, Infrastrukturausdehnung und weltweiten Transport auszeichnet.

Obgleich er auch die Klassengegensätze in den einzelnen Ländern veranschaulicht (so ist beispielsweise immer klar, welche soziale Schicht in der Nähe eines Atomkraftwerks leben muss), forciert der Klimawandel ebenso die „Aufspaltung" der gesamten Welt. So sind die entwickelten, kapitalistischen Länder, obwohl verantwortlich für 75 Prozent des eingetretenen Klimawandels, nur indirekt von diesem betroffen. Zwar sind in diesen Staaten verschiedene Umweltprobleme zu beobachten, jedoch sind diese relativ glimpflich im Vergleich mit denen der abhängigen und weniger industrialisierten Länder: Umweltprobleme sind gleichbedeutend mit Armutsproblemen.

Durch die imperialistische Abhängigkeit erfolgt in diesen Ländern eine Umweltzerstörung nach den Bedürfnissen eines Weltmarktes, bestimmt durch die Interessen multinationaler Konzerne. Diese brutale Ausbeutung zeigt sich beispielhaft im Export von gefährlichem nuklearen Abfall reicher Länder in „Dritte Welt"-Staaten oder in der gebilligten Intensivierung von Naturkatastrophen, ausgelöst durch permanente Zerstörung der Natur.

Die Verstrickung von Klimawandel, Umweltzerstörung und politischem bzw. gesellschaftlichem System wird hier deutlich, denn um eine halbwegs ökologische Produktion in diesen abhängigen Ländern überhaupt erst in Angriff zu nehmen, ist ein Bruch mit dem Imperialismus nötig.

Die aktuelle Lage wird sich noch weiter zuspitzen, das Klima sich weiterhin erhitzen, der Meeresspiegel ansteigen. Überflutungen, Dürren, Wassermangel, Naturkatastrophen, Verteilungskriege und Flüchtlingsströme in bisher unbekanntem Ausmaß werden Hungerrevolten, Aufstände, Proteste, politische Radikalisierungen und BürgerInnenkriege hervorrufen. Darum ist die Entwicklung von sozialistischen Perspektiven fundamental, denn es wird kein Ende des Kapitalismus nur aufgrund des Klimawandels geben. Trotz seiner Machtlosigkeit der durch Umweltzerstörung bedingten Armut und ihrer (revolutionären) Folgen gegenüber wird sich das System nicht von selbst totlaufen.



Perspektiven

Selbst die Erschließung des Klimawandels als Profitquelle wird propagiert, wenn systemimmanente Lösungsansätze feilgeboten werden. So veranschaulicht der auch als „Biosprit" bekanntgewordene Agrosprit, bei dem Pflanzen in Benzin umgewandelt werden, die Kontraproduktivität und Ineffizienz, ja, mehr noch den Zynismus eines Systems, das Nahrungsmittel kostspielig und energieintensiv in Sprit umwandelt, nachdem sie auf der Grundlage von Monokulturen und Waldabholzung gewachsen sind, anstatt Menschen damit zu ernähren. Die Atomkraft, neuerdings als „grüne Alternative" zur Kohle aufgezeigt, stellt ebenso permanente Gefahr wie wachsende Zerstörung durch nuklearen Abfall dar.

Kapitalistische Lösungen für den Klimawandel können niemals ökologisch, nachhaltig und effizient sein: Es gibt einen ganz simplen Widerspruch mit der kapitalistischen Produktionsweise. Eine Drosselung des Energieverbrauchs, eine Senkung der Emissionen, eine Umgestaltung bzw. Dezentralisierung des Systems wäre einfach nicht rentabel genug - das investierte Kapital würde nicht zurücklaufen, der Kapitalzyklus käme ins Stocken; damit wäre es nicht finanzierbar. Dementsprechend wäre dieser Prozess gegen die grundlegenden Interessen der Konzerne und Nationalstaaten (da er logischerweise international ablaufen müsste). Darüber hinaus verhindert die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft eine nachhaltige, enge Zusammenarbeit in ökologischen Fragen.

Entsprechend düster sieht die Perspektive des Kapitalismus letztendlich aus: Eine seiner Grundeigenschaften ist die permanente Ausdehnung seiner Produktion, aber gerade im Zusammenhang mit dem Weltbevölkerungswachstum steht ihm der ökologische Kollaps bevor. Zwar gibt es einige KapitalistInnen die sich an einer nachhaltigen Perspektive versuchen, aber als einzelne besitzen sie keinerlei Macht: Der Wettbewerb schaltet sie aus.

Es gibt kein Entkommen aus dem Kapitalkreislauf; da im Kapitalismus der „exogene Faktor" Umwelt eben ein außenstehender und damit dem beherrschenden, ausbeutenden und dadurch zerstörenden Menschen gegenübergestellt ist, also läuft der Zyklus einfach weiter bis jener „exogene Faktor" ihn eben beendet.

Um also überhaupt erst einmal eine Änderung zu bewirken, müssen Konzerninteressen und Privateigentum angegriffen werden. Auf Grundlage der Klassenperspektive müssen reaktionäre Produktions- und Herrschaftsvorstellungen analysiert und gestürzt werden. Eine andere Konstellation von Mensch und Umwelt im menschlichen Bewusstsein ist dringend erforderlich, denn nur so können auch scheinbare Widersprüche, etwa zwischen Umweltschutz und Arbeitsplätzen oder auch nachhaltiger Umweltpolitik und Produktion an sich, in das Reich der Märchen verwiesen werden. Denn nichts garantiert mehr Arbeitsplätze als eine Produktion, die den Naturkreislauf und die Umwelt respektiert.

Fazit

Wir stellen also fest: Der Kapitalismus hat den Klimawandel verursacht, aber er kann ihn weder aufhalten noch abschwächen, nur weiter vorantreiben. Um dem Rechnung zu tragen, muss die Ökologie ein essentieller Schwerpunkt der marxistischen Gesellschaftsanalyse werden: Nur so kann eine Mäßigung des Klimawandels bzw. seiner Folgen überhaupt erst in Aussicht gestellt werden.

Sozialistische und ökologisch sinnvolle Perspektiven müssen entsprechend intensiv miteinander verknüpft werden: Eine demokratisch geführte Planwirtschaft macht nur nach strengsten ökologischen Kriterien Sinn - umgekehrt gilt jedoch dasselbe. Von den ArbeiterInnen selbst geführte, nach ihren Bedürfnissen ausgerichtete und im Wissen um Nachhaltigkeit geleitete Agrarplanwirtschaften beispielsweise kommen Menschen, Natur und Klima zugute.

von Paula, Revo Dresden

James Bond und Evo Morales

Wird die neue Verfassung in Bolivien die Herrschaft des Imperialismus brechen und die Armut beenden?

In „Ein Quantum Trost", dem neuen James-Bond-Film, versucht der Bösewicht, die bolivianische Regierung mit Hilfe eines ehemaligen Militärdiktators und der CIA zu stürzen. Sein Plan ist es, die ganzen Wasservorräte des Landes unter die Nägel zu reißen und teuer an die BolivianerInnen zurückzuverkaufen.

So eine Geschichte gab es tatsächlich in Bolivien: ein multinationaler Konzern wollte im Jahr 2000 das Wasser der Stadt Cochabamba privatisieren. Verhindert wurde dieser Plan jedoch nicht durch James Bond, sondern durch Massenproteste unter Führung des damaligen Gewerkschaftsführers Evo Morales.



„sozialste Verfassung"

Seit Anfang 2006 ist Morales der Präsident Boliviens – der erste Präsident indigender Abstammung in der Geschichte des Andenlandes. Schon bei der Amtsübernahme war sein zentrales Projekt die Verabschiedung einer neuen Verfassung. Dazu wurde ein Verfassungskonvent einberufen und abschliessend ein Referendum abgehalten. Seit dem 25. Januar hat Bolivien eine neue „Politische Verfassung des Staates", die Privatisierungen der natürlichen Ressourcen wie Wasser - egal ob durch James-Bond-Bösewichte oder multinationale Konzerne - verbietet.

Gegen den Widerstand der rechten, rassistischen Opposition im Osten des Landes und auch der katholischen Kirche („Wählt für Gott! Wählt nein!") gewann der Verfassungsentwurf über 60% Zustimmung. Morales lobte „die sozialste Verfassung der Welt", denn sie garantiert Rechte wie Bildung und Gesundheit. Wichtiger noch: sie erkennt die Rechte der indigenen Völker Boliviens (also die, die von den amerikanischen UreinwohnerInnen abstammen) an, die eine Mehrheit der Bevölkerung darstellen aber seit Jahrhunderten unterdrückt werden (vor 60 Jahren hatten sie nicht mal ein Stimmrecht!). Laut der neuen Verfassung dürfen die indigenen Völker ihre eigenen Sprachen verwenden, die nun mit Spanisch gleichberechtigt sind, und ihre eigene Gemeinschaften verwalten. Die Koka-Pflanze, die eine wichtige Rolle in der indigenen Kultur spielt, die aber die US-Regierung im „Krieg gegen die Drogen" ausrotten will, wird unter besonderen Schutz gestellt.

Doch diese „sozialste Verfassung" garantiert das Recht auf Privateigentum und damit auch das Recht auf Ausbeutung. Ein „Recht auf Arbeit" nutzt einem bolivianischen Arbeiter, der im Zuge der Wirtschaftskrise seinen Lebensunterhalt verliert, natürlich wenig; die Verfassung drückte viele Kompromisse zwischen der Morales-Regierung und der KapitalistInnenklasse aus, die nur zu Lasten der ausgebeuteten ArbeiterInnen Boliviens gehen kann. Eben deswegen geben die SprecherInnen der rechten Opposition zu Protokoll, dass sie nicht mit der neuen Verfassung zufrieden sind, dennoch damit leben können.

Die Landfrage

In Bolivien, nach Haiti dem zweitarmsten Land in der westlichen Hemisphäre, leben viele Menschen von der Landwirtschaft. Wie in den meisten Ländern Lateinamerikas ist der Großgrundbesitz ein zentrales Problem – wenige reiche Familien besitzen jeweils mehrere hunderttausend Hektar. Eine einzelne Familie besitzt zum Beispiel eine Fläche, die so groß ist wie das Saarland!

Die Abschaffung des Großgrundbesitzes und die Verteilung des Landes an arme Bauern/Bäuerinnen wäre eine zentrale Aufgabe für jede „Neugründung des Landes", für jede „Dekolonisierung". Tatsächlich war im ersten Verfassungsentwurf eine Klausel, die eine Obergrenze für Landbesitz festlegte. Neben dem Referendum über die Verfassung gab es eine separate Abstimmung darüber, ob diese Obergrenze bei 5.000 oder 10.000 Hektar liegen sollte. Das Ergebnis – über 80% für die niedrigere Grenze! – brachte denWunsch der Bevölkerung nach Landreform klar zum Ausdruck!

Doch nach gewalttätigen Protesten der rechten Opposition im September 2008 (die von der US-Botschaft unterstützt wurden und mit einem Massaker an über 30 armen Bauern/Bäuerinnen gipfelte), die zur Verteidigung ihrer Privilegien auf die Barrikaden ging, ließ sich die Regierung auf Kompromisse ein. So heißt es jetzt, dass die Obergrenze für Landbesitz nicht rückwirkend gilt! Das heißt, wer schon mehrere hunderttausend Hektar Land besitzt, darf sie auch behalten! Es ist ohnehin nicht schwer für eine reiche Familie, Landtitel unter verschiedenen Familienangehörigen zu verteilen, so dass sie unter der legalen Grenze bleibt und trotzdem riesige Landstreifen besitzen kann.

Für Andensozialismus!

Evo Morales wird in der Presse oft „Sozialist" genannt. Doch sein Ziel bestand nie in der Einführung des Sozialismus in Bolivien; Das strategische Ziel der Morales-Regierung wird „Andenkapitalismus" genannt – ein schwammiges Konzept von reguliertem Kapitalismus mit vielen Sozialprogrammen und besonderen Rechten für die indigene Bevölkerung. So unterstützenswert die demokratischen Reformen der letzten Jahre zur Bekämpfung der Diskriminierung und der Korruption sind, so wenig werden sie an der erdrückenden Armut der Massen ändern. Für einzelne Indigene – wie Morales selbst und viele FunktionärInnen seiner Partei – gibt es nun Aufstiegsmöglichkeiten, doch die überwiegende Mehrheit ist und bleibt arm.

Die sich vertiefende Wirtschaftskrise trifft Bolivien besonders hart. Die Industrie, die fast vollständig auf Exporte in die USA ausgerichtet ist, leidet unter sinkender Nachfrage, und die Gasförderung, die unter Morales verstaatlicht wurde, leidet unter niedrigen Preisen. Während die ArbeiterInnen Lohnkürzungen hinnehmen müssen oder gleich auf die Straße geworfen werden, predigt Morales den Zusammenhalt aller BolivianerInnen, ob arm oder reich. Streiks könnten einen solchen „Klassenfrieden" ja nur stören...

Dabei verfügt die bolivianische ArbeiterInnenbewegung über eine militante, revolutionäre Tradition: im Jahr 1952 übernahm sie praktisch die Macht im Land, und im Jahr 1971 wieder. Im Jahr 2003 fand einen Aufstand statt, der eine neoliberale Regierung stürzte, und im Jahr 2005 wieder. Diese Erfahrungen geben einen Hinweis, wie es anders laufen könnte. Die militanten Gewerkschaften, z.B. der BergarbeiterInnen, könnten ein eigenes Programm mit eigenen Kampfformen gegen die Krise aufstellen. Denn ein „Sozialismus des 21. Jahrhunderts", der auf Privateigentum basiert – das zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre in Venezuela, Ecuador, Paraguay und Bolivien – bietet keinen Ausweg für die armen Massen. Das kann nur der revolutionäre Sozialismus, der die KapitalistInnen enteignet und die Wirtschaft der direkten Kontrolle der ArbeiterInnenklasse unterstellt.

von Wladek, Revo Berlin

Welche Perspektive für Kuba?

Schon bei den Diskussionen über unsere „Grundsatzpositionen" begann eine Debatte über die Natur des kubanischen Regimes. Auf Grundlage des Artikels „Sommer, Sonne, Sozialismus" in der letzten Ausgabe von REVOLUTION wollen wir diese Debatte in organisierter Form fortsetzen. Es gibt unterschiedliche Meinungen innerhalb von REVOLUTION, und das wollen wir keineswegs verheimlichen. Wir wollen beide Seiten zu Wort kommen lassen, da diese Debatte unter praktisch allen linken Strukturen geführt wird. Diese Diskussionsseite soll immer wieder in unserer Zeitung erscheinen, um Debatten innerhalb von REVOLUTION aber auch mit anderen linken Gruppen zu ermöglichen.

Auf ☛ forum.revolution.de.com kannst du mitdiskutieren!

Marktelemente nicht immer gefährlich

50 Jahre nach der Entstehung des freien Kubas wird mehr denn je spekuliert, ob sich das System langsam seinem Ende und einer Wiederherstellung des Kapitalismus nähert. Es ist paradox, dass Gedanken über einen Kollaps des ArbeiterInnenstaats jetzt laut werden. Anfang der 90er war Kuba nicht nur ideologisch sondern auch politisch paralysiert; mensch war sogar gezwungen, den US-Dollar als Währung zu verwenden. Doch Kuba konnte trotz aller Schwierigkeiten vorwärtsgehen.

Es ist wahr, dass die „besondere Periode" und wirtschaftliche Reformen in den letzten Jahren verschiedene negative Erscheinungen mit sich brachten. Die Entwicklung des Tourismus bedeutete nicht nur die direkte Teilnahme ausländischen Kapitals an der kubanischen Wirtschaft, sondern untergrub auch die relativ egalitäre Gesellschaftsstruktur Kubas. Eine privilegierte Schicht von Menschen mit Zugang zu ausländischer Währung enstand. Damit wechselten qualifizierte ArbeiterInnen (LehrerInnen, WissenschaftlerInnen) in Hotels und Taxis.

Die „Joint Ventures" verhandeln autonom mit ihren Partnern im Ausland, ohne staatliche Kontrolle. Das Außenhandelsmonopol – ein unverzichtbares Instrument für jeden ArbeiterInnenstaat – wird damit auf Kuba praktisch abgeschafft.

Kann nun der Kapitalismus, der mit einem Frontalangriff gescheitert ist, durch die Hintertür in Kuba eindringen? Der „chinesische Weg" (zum Kapitalismus) ist durchaus möglich. Dennoch wäre es falsch, diese Gefahr zu überschätzen und jedes Element des Marktes mit der Wiederkehr der AusbeuterInnen zu identifizieren.

Marktelemente im Rahmen einer planwirtschaftlichen Entwicklung des sozialistischen Sektors sind nicht nur nicht unbedingt gefährlich, sondern können auch direkt hilfreich sein. Die Entwicklung des privaten Sektors während der Neuen Ökonomischen Politik (1921-28) in der frühen Sowjetunion förderte noch schnelleres Wachstum des sozialistischen Sektors und diese „Zusammenarbeit" (natürlich unter strengster Kontrolle des ArbeiterInnenstaates) führte zum absoluten und relativen Wachstum des staatlichen Anteils der Wirtschaft.

Die Idee, dass Marktelemente keinen Platz auf Kuba hätten, muss zurückgewiesen werden. Der kubanischen Wirtschaft stehen nicht die neusten Produktivkräfte zur Verfügung, aber diese wären die notwendige Grundlage für die wirkliche Überwindung des Marktes (im Gegensatz zur administrativen Unterdrückung durch die Regierung). Es ist besser, einen begrenzten Markt als guten Diener zuzulassen, als unter dem Krebs eines Schwarzmarktes zu leiden.

Notwendig ist ein radikaler Reformprozess der Entbürokratisierung und der Stärkung der Kontrolle von unten. Doch Entbürokratisierung bedeutet keineswegs die „Demokratie", die die Klassenfeinde der Revolution befriedigen würde– im Gegensatz, ein solcher Prozess würde Kräfte gegen die Konterrevolution mobilisieren.

Doch interne Reformen können nicht unabhängig vom internationalen Kontext durchgeführt werden. Das Überleben Kubas hängt von den Erfolgen der revolutionären Kräfte in den Nachbarländern Lateinamerikas ab. Dabei ist die kubanische Regierung kein passiver Zuschauer sondern ein aktiver Mitstreiter, deren Interesse in der Unterstützung jeder revolutionären Bewegung und der Schaffung von wirklichen ArbeiterInnnestaaten liegt.

von Nikola, Revo Prag

Der Feind steht (auch) auf der Insel

Im Gegensatz zur Sowjetunion oder der Volksrepublik China genoss Kuba schon immer ein hohes Ansehen bei einem breiten Spektrum der Linken. Das mag an der (für ein „realsozialistisches" Land) relativ demokratischen Atmosphäre, an der internationalistischen Unterstützung für antikoloniale Bewegungen, am Mythos Che Guevaras oder am besonderen Flair der kubanischen Kultur liegen.

Dennoch ist Kuba, wie es auch die UdSSR oder die VR China früher waren, ein degenerierter ArbeiterInnenstaat. Die Wirtschaft ist einem Plan unterstellt und rund 80% der ArbeiterInnenklasse ist im staatlichen Sektor beschäftigt. Dieser Plan wird aber nicht von den ArbeiterInnen selbst verwaltet sondern von einer abgehobenen bürokratischen Schicht.

Der kubanische Stalinismus hat natürlich eine demokratische Fassade, ähnlich wie ein bürgerlich-demokratisches Land mit einem Parlament usw. Aber es ist nicht schwer zu erkennen, dass das kubanische System wenige Elemente einer wirklichen Massendemokratie besitzt: Der Kongress der Kommunistischen Partei Kubas lässt seit mehr als einem Jahrzehnt auf sich warten und währenddessen werden führende PoltikerInnen wie Carlos Lage oder Felipe Pérez Roque unerwartet und ohne Diskussion von der bürokratischen Spitze entfernt.

Dieser Bürokratismus liegt nicht etwa an einer egomanischen Einstellung der Castro-Brüder. Es gibt eine Bürokratie, die im Vergleich zur ArbeiterInnenklasse erhebliche Privilegien genießt und keine Demokratisierung zulassen kann, weil diese Privilegien gefährdet werden könnten.

Eine solche stalinistische (oder: „castristische") Bürokratie hat ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Status Quo: die Planwirtschaft soll verteidigt werden, aber Revolutionen in anderen Ländern sind eigentlich unerwünscht, weil diese die Machtstrukturen auf Kuba ins Wanken bringen könnten. Die kubanische Außenpolitik war deswegen nie revolutionär: In den 70er Jahren waren gute Beziehungen zu den blutigen Militärdiktaturen des Kontinents durchaus möglich, so lange diese Kuba gegen die USA unterstützten.

Ein neueres Beispiel sollte reichen: im Dezember 2001 brach eine revolutionäre Krise in Argentinien aus. Nachdem mehrere Regierungen durch Massenproteste gestürzt wurden, konnte sich Eduardo Duhalde als Präsident etablieren. Fidel Castro begrüßte ihn – statt den argentinischen Massen einen klaren Weg zum Sozialismus zu zeigen. Den kubanischen StalinistInnen sind gute Beziehungen zu den Bourgeoisien Lateinamerikas wichtiger als die Schafung neuer ArbeiterInnenstaaten!

Aus all diesen Gründen ist der Kampf zur Verteidigung der Planwirtschaft und der sozialen Errungenschaften auf Kuba auch ein Kampf gegen die Bürokratie. Natürlich ist nicht jede Marktreform zwangsläufg ein Schritt zum Kapitalismus – aber im Gegensatz zur NÖP in Russland ist es jetzt die herrschende Partei auf Kuba, die von den Marktreformen selbst proftiert!

von Wladek, Revo Berlin

Vereine und Herrsche

Barack Obama begeistert die Menschen – doch was bietet er ihnen konkret an?

Es scheint nicht überraschend, dass Barack Obama 2006 den Grammy für das beste Spoken Word Album gewonnen hat. Immer wieder zeigt er beeindruckende Fähigkeiten, Menschen von sich und seiner Agenda zu überzeugen. Er kann die breiten Masen der USA begeistern und seine hohen Umfragewerte zeigen den Glauben der Bevölkerung, dass er ihre Probleme ernsthaft angehen will. Doch davon ist er weit entfernt.

Obamas Politik dient natürlich dem Erhalt des kapitalistischen Systems und der Macht der USA in der Weltpolitik – und das hat er nie abgestritten. Allerdings behauptet er, dass dies das Beste für alle Menschen in den USA sei. Und dient damit der herrschenden Klasse der Vereinigten Staaten derzeit besser als jeder Andere.

Soziale Zugeständnisse

Die USA sind wie kaum ein anderes Land von der Wirtschaftskrise schwer getroffen. Wirtschaftskrisen bedeuten erhöhte Armut, bedeuten Arbeitslosigkeit und können damit schnell zu politischer Unzufriedenheit führen. Diese wiederum kann bedeuten, dass die Bevölkerung vermehrt nach Systemalternativen fragt. Und dies zu verhindern, ist jetzt die Rolle Obamas und der Demokratischen Partei.

Es beginnt bei bei Obamas Verhalten gegenüber den Gewerkschaften bzw. ihren bürokratischen Führungen. Diese freuen sich über die plötzliche Aufmerksamkeit, die ihnen im Gegensatz zur zur Bush-Ära nun zugestanden wird. Nachdem sie Obama beim Wahlkampf unterstützt haben, zahlt der nun den Gefallen zurück und trifft sich immer wieder mit dem Präsident der AFL-CIO, dem mitgliedsstärksten Gewerkschaftsdachverband der USA, John J. Sweeney. Auch hier zeigt sich der Wille des Präsidenten, einen möglichst starken Zusammenhalt aller Klassen in den USA zu erzeugen.

Soziale Zugeständnisse, wie die allgemeine Kinderkrankenversicherung, haben hier gleich eine doppelte Funktion. Zum Einen sollen sie durch soziale Zugeständnisse etwaige Unruhen verhindern, bevor sie entstehen. Viel wichtiger ist jedoch, dass Obama erkennt, wie wichtig es ist, dass ArbeiterInnen(kinder) von Anfang an möglichst gesund sind. Denn wozu soll man tausende Dollar in die Ausbildung von Arbeitskräften stecken, wenn diese dann früh sterben? Dies gilt für Kinder wie für Erwachsene, denn auch schlechte Schulbildung ist verdammt teuer. Kinder, die aufgrund mangelnder gesundheitlicher Versorgung sterben, bevor sie auf den Arbeitsmarkt geworfen werden, sind vor allem eines: unnötige Kosten. Interessant in dem Zusammenhang ist Obamas Plan, im Gegenzug diverse andere Programme zu kürzen – unter anderem Fördermittel für die medizinische Versorgung von SeniorInnen.

Rettungspakete

Auf die Spitze treibt das Gefasel von „wir sitzen alle in einem Boot" der American Recovery and Reinvestment Act. 790 Milliarden Dollar werden aufgeboten, um die Wirtschaft zu retten. Auch hier sind soziale Zugeständnisse Teil des Deals, unter anderem 90,9 Milliarden Dollar für die Bildung. Die Hauptlast wird allerdings durch Steuersenkungen und Entlastungen für die Bundesstaaten gestemmt – um nicht Bildungs- und Gesundheitsprogramme zu kürzen!

Dem gegenüber steht ein 75-Milliarden-Dollar Rettungspaket, welches den HauseigentümerInnen zugute kommen soll. Obama hat hier von Anfang an gesagt, dass es nicht allen HausbesitzerInnen und -vermieterInnen zugute kommen würde. Auch hier (wie bei den Banken) kreiert er eine persönliche Schuld: „Verantwortungslosigkeit", „Gier", usw. Er fantasiert einen Sündenbock herbei, der nun für die Krise büßen soll.

Es geht überhaupt nicht darum, ob die Menschen in den USA ein grundlegendes Recht auf ein eigenes Zuhause haben. Die Problematik wird völlig individualisiert, anstatt sie als systemimmanent anzuerkennen. Den Menschen, die tatsächlich unter der Krise zu leiden haben, weil sie ihr zu Hause verlieren, wird nichtmal ein Zehntel dessen zugestanden, was dafür aufgeboten wird, den US-Kapitalismus zu retten.

Krieg und Frieden

Obama wäre jedoch nicht Präsident geworden ohne seine Ablehnung des Irak-Krieges. Trotzdem war schnell klar, dass Obama deswegen nicht der Präsident des Friedens sein würde. Er hat den „Krieg gegen den Terror" nie abgelehnt, wollte von Anfang an nur dessen Fokus vom Irak auf Afghanistan verlegen. So ist seine Politik dahingehend auch nicht weiter überraschend. Bis August 2010 sollen die Kampftruppen weitestgehend aus dem Irak abgezogen sein – Bis auf die 50.000 von 142.000 Soldaten, die weiterhin in den Green-Zone-Festungen zur „Friedenssicherung" und „Stabilisierung" stationiert bleiben. Die „Irakisierung" des Irak Krieges, analog zum Vietnamkrieg unter Nixon, ändert nichts am Versuch der USA, den Irak politisch zu dominieren und kontrollieren.

Auch in der Außenpolitik abseits von Irak und Afghanistan versucht Obama, sein Zusammenhaltscredo durchzusetzen. Verstärkt will er Europa zu einer gemeinsamen Kriegs- und Dominanzpolitik bewegen und das Verhältnis zu Asien soll verbessert werden. Außenministerin Clinton war bereits in Südkorea und China. Mit „moderaten" Taliban will man verhandeln – und auch der Iran soll kein Tabu mehr sein. Es ändert sich dabei jedoch nichts an den imperialistischen Zielen der USA. Um ein „positives" Verhältnis zu China herzustellen, hat man auch das, was westlichen Medien sonst immer so extrem wichtig zu sein scheint – die Menschenrechte – wohlweißlich unter den Tisch fallen lassen.

Präsident der Krise

Das Obama ein Präsident der Krise ist, zeigt sich an allen Ecken und Enden. Überall ist er darum bemüht, das Auseinderdriften der Klassen zu verhindern und Konfrontationen zu lösen – zumindest dort, wo es langfristig für die Rolle der USA als Führung der Welt notwendig wird: International, indem er die Herrschenden zum Dialog bemüht, ganz besonders in Asien, vor allem China, welches für die USA von enormer ökonomischer Wichtigkeit ist; National, indem der Nationalismus gefördert wird, um die Folgen der Krise nicht in soziale Unruhen zu katalysieren. Bisher scheint die Taktik ansatzweise gut zu funktionieren, was auch an Obamas Art und Weise selbst liegt. Daran, dass er für die ArbeiterInnenklasse der USA (und der Welt) trotzdem Ausbeutung, soziale Kürzungen und Leiden unter der Krise bedeuten wird, ändert dies jedoch nichts.

von Evey, Revo Berlin





Die Känguru Chroniken

„Poetry-Slams" sind Veranstaltungen, bei denen zumeist junge und unbekannte KünstlerInnen 5 Minuten Zeit bekommen, um mit selbst erdachten Geschichten, Liedern und mehr oder weniger poetischer Wortakrobatik das Publikum zu begeistern. Dieses darf dann z.B. per Applaus seinen Favoriten in die nächste Runde schicken und so am Ende den oder die unterhaltsamste TeilnehmerIn küren. Die Sprech- und Gesangseinlagen konzentrieren sich dabei in der Regel darauf, mit Wortspielen, unerwarteten Gedankengängen und dem ein oder anderen geschickt platzierten Kalauer, das Zwerchfell der ZuschauerInnen in Bewegung zu versetzen.

Der Berliner Marc-Uwe Kling wurde 2006 und 2007 gleich zweimal zum besten deutschsprachigen Slammer gewählt. Mittlerweile hat er bereits sein zweites Soloprogramm namens „Die Känguru Chroniken" veröffentlicht und ist damit noch bis September vor allem in Berlin aber auch anderen großen Städten unterwegs. Das Besondere an seiner Show: Zwischen verbalem Slapstick-Humor lauert an jeder Ecke bissige Kritik am politischen System und dessen AkteurInnen – auch dort wo mensch es nicht unbedingt erwartet.

Das titelgebende Känguru, mit dem Marc-Uwe seit längerem zusammen wohnt, ist zum Beispiel bekennender Nirvana-Fan und Kommunist (auch wenn es nach eigenen Angaben eher auf Mao als auf Trotzki steht). In seinem zweistündigen Programm berichtet Kling unter anderem davon, wie er zusammen mit seinem haarigen Mitbewohner und dem lange verschollenen Gespenst des Kommunismus eine Tüte raucht und über Sinn und Unsinn der Monopoly-Regeln philosophiert. Wer das noch nicht so richtig komisch findet, der sei an die B.Z. verwiesen: Die hatte Marc-Uwe Kling wegen seines angeblichen Mordaufrufs an Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann als „geistigen Terror-Brandstifter" bezeichnet (wohlgemerkt: ohne jede Ironie). Wenn das mal keine Empfehlung ist...

von Tom, Revo Bernau

Lost

Am 22. September 2004 stürzte ein Flugzeug auf eine unbekannte Insel im Pazifik ab. Die 72 Überlebenden entdecken neben den idyllischen Stränden einen Eisbär. So begann, vor fast fünf Jahren, die Mysterieserie „Lost".

Was bedeutet „Lost"? Produzent J.J. Abrams kann wie kaum ein anderer den US-amerikanischen Zeitgeist filmisch aufarbeiten. Mit „Cloverfield", den er ebenfalls produzierte, lieferte er eine amerikanisierte Version von „Godzilla". Während das japanische Original die Zerstörungen im zweiten Weltkrieg thematisierte, geht es in „Cloverfield" um den 11. September: ein Monster erscheint aus dem Nichts und zerstört Manhattan. Türme fallen um, Menschen weinen, und alles wird mit Camcordern aufgenommen.

Lost kann auch symbolisch für die endlose Verwirrung der US-amerikanischen Durchschnittsbevölkerung in der „Post-Post-Cold War Era" (also der Zeit nach der Zeit nach dem Kalten Krieg) sein. Die Angst vor der Regierung ist anscheinend vorbei: bei der letzten großen Mysterieserie Akte X waren die Bösen immer im Sold des Staates, aber bei Lost ist der (vermutliche) Strippenzieher ein schattiger aber fast omnipotenter Kapitalist, der kaum bekannt ist aber den Eindruck macht, als könnte er sogar die Zeit kontrollieren.

Früher war die Welt unzweideutig in gut und böse aufzuteilen, doch die neue Weltordnung ist für John Q. Public kaum noch zu überblicken. Wenn einer der Lost-Helden sich am Kopf kratzt, weil seine Freunde jetzt dem Typen folgen, der vor wenigen Folgen noch der schlimmste Börsewicht war („Er steht jetzt auf unserer Seite?!?"), kann man auch die Verwunderung darüber erkennen, wie schnell außenpolitische Konstellationen in Zeiten der niedergehenden US-Hegemonie wechseln müssen. An Stelle von klar definierten Konfrontationen gibt es jetzt Komplotte über Komplotte: Merkel will Banken verstaatlichen?!? Tja, das ist alles nicht unwahrscheinlicher als ein Eisbär auf einer tropischen Insel!

von Wladek, Revo Berlin

Alleine ist es schwer zu kämpfen! Deswegen organisieren wir uns in der unabhängigen Jugendorganisation **REVOLUTION** und kämpfen für eine Welt ohne Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg – für eine Welt ohne Kapitalismus! Willst du mitkämpfen? Schau einfach bei der Revo-Gruppe in deiner Nähe vorbei oder besuche unsere Seite!

REVOLUTION Germany

berlin@revolution.de.com
fu@revolution.de.com
dresden@revolution.de.com
kiel@revolution.de.com

REVOLUTION Weltweit

Portal ☛ www.onesolutionrevolution.org
Schweiz ☛ www.revolution.ch.tc
Tschechien ☛ www.revo.cz.tc
Australien ☛ www.revo.au.tt

Unabhängigkeits-erklärungen

Sollte eine kommunistische Jugendbewegung unabhängig sein? Antworten auf diese Frage von Liebknecht, Lenin, Trotzki, der Kommunistischen Internationale und anderen.
40 Seiten, 2€





Ein neues programmatische Dokument von REVOLUTION, beschlossen im Juli 2008: eine Strategie, die wir allen Jugendlichen vorschlagen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen.
16 Seiten, 1€

V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

NATO? Njet!



Imperialismus bekämpfen! Gegen den NATO-Gipfel am 3.-4. April 2009!

Anfang April werden wir ein großes Schaulaufen derjenigen erleben, die weltweit Elend und Tod organisieren. Die NATO lädt zu ihrem 60jährigen Jubiläum nach Strasbourg und Baden-Baden. Die bürgerlichen Medien werden brav berichten, was welches Regierungsoberhaupt und welcher hochrangige NATO-Militär vor der Presse schwafelt. Da wird vom „weltweiten Terrorismus" die Rede sein, von „Stabilisierung" und von "Friedenseinsätzen" und von „globaler Sicherheit". Dabei ist die NATO keinesfalls ein Garant für Sicherheit. Sie steht für die aggressive Durchsetzung der Interessen der mächtigsten Regierungen und der hinter diesen stehenden KapitaleigentümerInnen.

Von Anfang an

Das war sie auch schon bei ihrer Gründung 1949. Nachdem im Zweiten Weltkrieg die Konflikte zwischen den kapitalistischen Großmächten durch ein unfassbares Massaker und riesige Zerstörungswut ihren Höhepunkt gefunden hatten, stand der zukünftige Gegner der kapitalistischen Großmächte fest: Stalins Sowjetunion. Obwohl die stalinistische Führung durchaus an einer friedlichen Koexistenz mit dem Imperialismus interessiert war, waren durch die Planwirtschaft der Sowjetunion zu viele Gebiete wurden dem direkten Kapitalkreislauf entzogen. Dieses Problem mussten die KapitalistInnen und ihre Regierungen auf kurz oder lang lösen. Das war der Grund für den Aufbau der NATO.

Rund vierzig Jahre funktionierte die NATO als Bündnis gegen die ArbeiterInnenklasse. Mit ihrer Militärmacht sorgte sie für eine konstante, extreme Bedrohung der bürokratisch deformierten ArbeiterInnenstaaten. Mit dem Aufbau von „Geheimarmeen" aus Kräften der äußersten Rechten sorgte die NATO dafür, dass im Falle einer Radikalisierung der ArbeiterInnen inoffizielle bewaffnete Formationen bereitstanden, etwa in Italien.

Keine rote Gefahr

Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus, verschwand auch die verkündete „Rote Gefahr", die offizielle Daseinsberechtigung der NATO. Die Organisation wurde damit aber keineswegs aufgelöst, sondern entsprechend der veränderten Gegebenheiten neu ausgerichtet. Die NATO ist seit den 1990er Jahren ein „präventives Interventionsbündnis", also ein Verbund zur gemeinsamen Durchsetzung von Profitinteressen rund um den Globus – oder in der Sprache der Herrschenden: zur globalen Sicherung von „Frieden, Werten, Freihandel und Stabilität".

In einer Welt, in der die Widersprüche in der Konkurrenz zwischen den Unternehmen, zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeit und Kapital immer größer werden, wächst auch die Notwendigkeit für kriegerische Aggressionen. Die NATO ist ein Mittel dazu, wie die blutigen Kriege gegen die Bundesrepublik Jugoslawien oder die Quasi-Kolonisation von Afghanistan und dem Irak zeigen. Menschen, die sich gegen die BesatzerInnen wehren, werden zu „Terroristen" abgestempelt, die die „Stabilität" bedrohen, also die westlichen Konzerne bei der Ausplünderung der Ressourcen und der Ausbeutung der Bevölkerung stören.

Wir unterstützen die „antikolonialen" Kämpfe gegen die NATO-Politik. Dabei die Methoden des Kampfes und die Ziele einiger BefreiungskämpferInnen in aller Deutlichkeit zu kritisieren, das ist unsere Pflicht – eine Pflicht, die unter gar keinen Umständen den imperialistischen „Kolonialherren" zusteht, die diese Kritik nur dazu brauchen, um die von ihnen ausgehende systematische Unterdrückung zu legitimieren. Sie, die skrupellosesten SchlächterInnen dieses Planeten zerreißen sich die Mäuler über die Methoden des Widerstandes.

Viele Widersprüche

Die NATO ist nur eine von vielen Institutionen, die imperialistische Interessen durchsetzen. Und innerhalb dieser Institutionen gibt es widersprüchliche Tendenzen, zum Beispiel in der EU. Die Europäische Union ist für ihre mächtigsten Teile, namentlich Frankreich und vor allem Deutschland, ein Projekt der Emanzipation gegenüber den übermächtigen USA, die nun nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten, immer mehr zu einem Konkurrenten um immer knappere Güter und Märkte werden. Die EU hat auch in militärischen Dingen begonnen, jenseits von den US-geführten Zusammenhängen zu agieren und mit einer EU-Eingreiftruppe Kurs auf eine eigene imperialistische Kriegspolitik genommen. Doch sind diese Tendenzen auch durch Widersprüche innerhalb der EU, deren Mitglieder zum Teil eine enge NATO-/US-Bindung haben, deutlich abgeschwächt.

Fest steht, selbst wenn die NATO in der Bedeutungslosigkeit verschwinden würde oder sogar aufgelöst werden würde, dass dies nicht die Profitinteressen der imperialistischen Konzerne und die brutale Vorgehensweise der diese Interessen durchsetzenden Armeen beenden würde. Die globale Herrschaft des Kapitals muss durch die Führung der ArbeiterInnen ersetzt werden! Die NATO, als Allianz der großen imperialistischen Mächte ist und bleibt dabei ein wichtiger Angriffspunkt.

★ Für die Zerschlagung der NATO durch die gemeinsame Aktion der Unterdrückten, sowohl innerhalb wie außerhalb der imperialistischen Zentren!

★ Für die Unterstützung von antiimperialistischen Kämpfen auch und besonders durch direkte Massenaktion wie der Verhinderung von Waffenlieferungen an Besatzungstruppen und ihre Marionetten!

★ Alle auf die Straße gegen die NATO, in Strasbourg, Baden-Baden und überall!

REVOLUTION Internationale Koordinierung, 6.3.2009